

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Dritte Vierteljahrshefte durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 2 gefalt.
Beitragzeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 338 B Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Erwerbslosenunterstützung und Wanderarbeiter.

Im Osten Deutschlands, in den Provinzen Ober- und Niederschlesien, Grenzmark und Ostpreußen ist der Wanderarbeiter zu Hause. Die von ostelbischen Junkern beherrschte Mutter Erde gibt Vätern und Söhnen keine Lebensmöglichkeit. Sie müssen hinaus in die Fremde, um fern der Heimat ihr Brot zu suchen. Im zeitigen Frühjahr, wenn schüchtern die Sonne höher kommt, ziehen diese armen, aber harten Männer der Arbeit aus, um die Ziegeleikampagne im Westen oder in Mitteldeutschland mitzumachen. Monatlang schuften sie für nicht zu hohen Lohn, sind genügsam und sparen, um der Familie Geld zu senden. Ist die Ziegeleikampagne zu Ende, dann nimmt er auf der Heimreise noch die Verdienstmöglichkeit in der mitteldeutschen Zuckerkampagne mit.

Derweil die Männer und Söhne draußen in der Welt um des Lebens Notdurft schwer arbeiten, sind die Frauen zu Hause auch nicht untätig. Alles, was arbeitsfähig ist, muß an die Arbeit. Bei den Herren Gutsbesitzern werden Kräfte gebraucht, um den Segen der Natur einzuheimsen. Das heißt, den Segen heimsen die Agrarier ein. Die Frauen und ihre Töchter sind ja minderwertige Kräfte, die man schlecht entlohnt. Mit ein wenig mehr als nichts müssen sie sich zufrieden geben.

Das Fazit eines Jahres voll mühseliger Arbeit ist für die Familie traurig. Trotz aller Arbeit und Schinderei ist alles Null für Null aufgegangen. Rücklagen für die Zeit der Erwerbslosigkeit, die Winterzeit, konnten nicht gemacht werden. Der Hamster hält in seinem Bau den Winterschlaf und zehrt von seinem Fette. Die Arbeitstiere der jetzigen Gesellschaft und ihrer Wirtschaftsweise hatten nicht die Möglichkeit, Fettigkeiten anzuhäufeln für die Zeit der Not. Das ganze soziale Milieu dieser Menschen ist fürchterlich traurig. Zusammengebrängt in Behausungen kleinften Ausmaßes hausen starke Familien ohne genügende Existenzmittel. Not und Elend zeigen sich hier noch viel krasser dem Auge des sozial eingestellten Menschen. Man meint, alles muß sich zusammenschließen, um diese Auswüchse der heutigen Wirtschaftsordnung zu beseitigen oder wenigstens zu mildern.

Vor Jahren, als Deutschlands Grundlagen bebten und zitterten, haben sozial denkende Menschen die Erwerbslosenfürsorge geschaffen. Sie schlen, trotz aller Mängel, geeignet, viel Elend zu mildern. Im Wechsel der Zeiten wurde vieles an dieser Einrichtung verschlechtert. Wäre es nach dem Wunsche der Arbeitgeber gegangen, so hätte man zweifellos mit dieser „sozialen Belastung“ tabula rasa gemacht. Nun, ganz abschaffen konnte man sie nicht, aber verschlechtert hat man die auf einer Verordnung ruhende Einrichtung. So ist unter anderem die Beitragspflicht für Arbeitnehmer und Arbeitgeber eingeführt worden. Dagegen, daß beteiligte Kreise zu der Kostenaufbringung herangezogen werden, wäre an sich weniger zu sagen. Daß jedoch der Beitragszahler nicht in den Genuß einer Unterstützung kommt, wenn er erwerbslos ist, ist schon bedenklicher. Und gar die Praxis der Arbeitsämter bei Entscheidung über eingereichte Anträge auf Unterstützung fordert zu öffentlicher Kritik heraus. Sehen wir zu, wie die Wanderarbeiter in ihrer Heimat als Erwerbslose behandelt werden. Alle haben sie ihre Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge leisten müssen, sowohl während der Ziegeleikampagne wie auch in den Zuckerbetrieben. Da der Lohn im Westen und im mittleren Gebiet Deutschlands höher ist als im gelegenen Schlesien, zahlen diese Leute im allgemeinen auch höhere Beiträge als die in der Heimat beschäftigten. Trotzdem erhalten sie an Unterstützung in der Heimat den niedrigen Unterstützungssatz des örtlichen Wirtschaftsbereiches. Damit könnte man sich aber noch recht und schlecht abfinden, obwohl die Begründung der Regierungskreise für die niedrigen Sätze des Ostens durchaus nicht stichhaltig ist.

Eine der beliebtesten Stereotypen Ablehnungsformeln ist: Weil Sie lediger Saisonarbeiter sind und im Haushalt von Angehörigen wohnen, die noch Einkommen besitzen, kann Ihnen Erwerbslosenunterstützung nicht gewährt werden.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt stellt in einem Erlaß an die Kreisbehörden weitherzige Prüfung der Unterstützungsanträge von Saisonarbeitern anheim. Die Kreisbehörden an der polnischen Grenze sind nun nicht so weitherzig. Auch das Einkommen der Angehörigen wird oft so eingeschätzt, daß von wohlwollender weitherziger Prüfung keine Rede sein kann.

J. B. der ledige Ziegeleiarbeiter N. N. in St. stellt nach eingetretener Arbeitslosigkeit einen Unterstützungsantrag. Das Arbeitsamt in Gr. Wartenberg lehnt denselben mit oben gekennzeichnete Begründung ab. Dabei ist der Vater auf dem Dominium Hckerkäufer mit einem wöchentlichen Verdienste von rund 6 Mark. Weil der Vater nun diese horrenden Summe verdient, soll er zwei erwachsene Kinder, die das Pech haben, arbeitslos zu sein, erhalten und ernähren. Auf ein solches Einkommen stützt sich das Arbeitsamt bei seinem Ablehnungsbescheid. Der Einspruch des Arbeiters gegen die Ab-

lehnung bleibt erfolglos. Das Arbeitsamt schreibt, er bekommt Arbeit und Verdienstmöglichkeit in der Landwirtschaft nachgewiesen. Der Mann wartet aber heute noch auf diese Zuweisung.

Da ist der Ziegeleiarbeiter N. N. in Schl.; er wohnt bei seiner Mutter, die im Auszug lebt. Der jährliche Auszug ist auf 300 Mark zu schätzen. Eine an sich also sehr bescheidene Summe. Das Arbeitsamt lehnt den Unterstützungsantrag des Arbeiters ab. Die Mutter soll also mit dem oben genannten Auszug sich selbst, den arbeitslos gewordenen Sohn und noch eine geistesranke Schwester erhalten.

Ein weiterer Fall in der Neumittelwalder Gegend. Ein Arbeiter stellt Unterstützungsantrag. Derselbe wird abgelehnt, weil er bei der Schwiegermutter wohnt. Besagte Schwiegermutter lebt ebenfalls im Auszug und soll nun mit dem kärglichen Einkommen Tochter und Schwiegerjohn aushalten.

Unter welcher elenden Bedingungen diese Leute ihr Leben fristen, wie groß Sorge, Kummer und Not in diesen Familien

sind schon außerordentlich verschieden, wieviel mehr erst sind Unterschiede zwischen den einzelnen Gegenden und Gebieten vorhanden. Allgemeine Normen sind da nicht vorhanden, können gar nicht aufgestellt werden. Fest steht nur, daß Ziegeleiarbeiter eine weit geringeren Stundenlohn erzielen als Bauarbeiter. Wie also die Arbeitsnachweiskämter der Kreise an der polnischen Grenze in ihren Bescheiden und Beschlüssen auf dem Begriff Saisonarbeiter herumreiten können, ist uns unerfindlich. Um so mehr, als, wie bereits betont, in Erlaßen und Verfügungen weitherzige Prüfung empfohlen wird. Weitherzig soll die Prüfung schon beim Maurer, Zimmerer usw. sein, um wieviel angezichts der niedrigen Löhne müssen diese Prüfungen beim Wander-Ziegeleiarbeiter gehandhabt werden. Nichts von alledem; dem armen Teufel fliegt der Bescheid „Wird abgelehnt!“ auf den Tisch, sofern er noch einen hat.

Daß im übrigen nicht nur hier, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland der Ziegeleiarbeiter von den Arbeitsämtern sehr mißlich behandelt wird, geht aus einem Schreiben des Bürgermeisters von Stoppenberg (Essen) hervor. Nach Angabe des Arbeitgebers handelt es sich um ausgesprochene Saisonarbeit. Das war vor dem Kriege schon so und hat sich bis heute erhalten. Hiernach kann Erwerbslosigkeit als Kriegsfolge nicht anerkannt werden.

Auch Mitteilungen aus dem Kölner, Düsseldorf, Bochumer Gebiet usw. liegen entsprechend der obigen vor.

Die Arbeitslosigkeit ist also keine Kriegsfolge, und deswegen gibt es keine Unterstützung. Auch hier argumentiert man so. Der Ostausfluß hat anlässlich seiner Reise nach Schlesien alle möglichen Denkschriften erhalten. In denselben wird seitens der verschiedenen Kreis- und Provinzialbehörden geklagt über die Wirtschaftsnote, entstanden aus Abtretungen an Polen usw.

Die Zerreißung einheitlicher Wirtschaftsgebiete wird in ihren katastrophalen Auswirkungen aufgezeigt. Das sind Kriegsfolgen, die da von Behörden so kräftig geschildert werden. Aber daß Ziegeleiarbeiter heute in einem Umfang arbeitslos werden, wie dies in der Vorkriegszeit nie möglich war, das sind keine Kriegsfolgen, sagen dieselben Kreisbehörden.

Aber die Einstellung der verschiedenen Gemeinde- und Gutsvorsteher im Osten Deutschlands gegenüber den erwerbslos Gewordenen lassen sich Bücher schreiben. Der arme Arbeitslose muß sich Sticheleien aller Art gefallen lassen. „Seht, da kommt der ... dem müssen wir Unterstützung zahlen.“ Kommt da einer der armen Teufel auch zum Amtsvorsteher um ein Mittellohigkeitzeugnis. Was sagt derselbe? „Sie sind doch recht mittellos, Sie haben ja noch einen Schrank in der Stube. Ich werde Ihnen dafür 20 Mk. geben, da haben Sie ja Geld.“ Und solchen Leuten wird die Prüfung der Bedürftigkeit überlassen. Was da manchmal an wohlwollender Prüfung herauskommt, zeigen die angeführten Fälle, die durchaus noch nicht die schlimmsten sind.

Die Stimmung in der Wanderarbeiterschaft hier im Osten ist nicht rosig, ihr Los kein gutes. Mit wenig Unterstützung oder gar keiner, Unannehmlichkeiten, Anrempelungen aller Art ausgefetzt. Die Arbeiterschaft dieser Gebiete sehnt den Tag, die Stunde herbei, wieder arbeiten zu können. Transport um Transport von polnischen Arbeitern mit Sack und Pack kommt täglich über die Grenzen. Zug um Zug mit hochgeschickten Eisenbahnwagen befördert diese Leute nach dem Westen. Traurig und erbittert sieht der Einheimische, wie Tausende und Tausende fremder Arbeiter in Deutschland Lohn und Brot erhalten. Fern liegt es ihm, dem Fremden das zu neiden. Er weiß heute, daß nicht die Arbeiter es sind, die ihm schaden. Er hat erkannt, daß es dieser argelich gottgewollte Wirtschaftsordnung ist, die ihm das Leben schwer macht. Der Wanderarbeiter, der Ziegeleiarbeiter des Ostens ist aufgewacht. Er hat sich organisiert in der ihm einzig möglich erscheinenden Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. In dieser Organisation vereint, wird er weiter kämpfen, als Arbeitender im Betriebe, als Erwerbsloser für eine bessere Lebenshaltung. Er wird eintreten für die gewerkschaftliche Organisation, die seine Lohn- und Arbeitsbedingungen regelt, die seine sozialen Forderungen verteidigt. Die Ungerechtigkeiten des jetzigen Erwerbslosenfürsorgesystems hat er am eigenen Leibe bitter und schmerzlich gefühlt. Deswegen sein Ruf: Weg mit diesem System und her mit der wirklichen Erwerbslosenfürsorge!

Bericht des Gaus 4 über das Jahr 1925.

Der Schlußsatz unseres Geschäftsberichts im vergangenen Jahre lautete:

Wenn die Arbeiterschaft in der kommenden Zeit zur Organisation zurückkehrt, dann werden wir auch die Annahmen der Unzurechnen zurückweisen können.

Wir müssen leider konstatieren, daß auch im Jahre 1925 die Massen der Arbeiterschaft die Macht der Organisation noch nicht erkannt hatten, wohl aber die Unternehmer in ihren Ansprüchen an die Arbeiter immer dreister wurden.

So konnte auch von einer erfolgreichen Agitation keine Rede sein. Allerdings, im Hinblick auf die Wirtschaftskrise, wodurch Tausende unserer Kollegen und Kollegen arbeitslos wurden, hat sich unser Gau immer noch gut gehalten. Für Mecklenburg fand im Jahre 1925 der Untergerichtsbescheid, welchen der Verband für alle

Selbstverständlich

springen wir Arbeitenden in die Bresche, wenn es gilt, den in Not befindlichen Kolleginnen und Kollegen zu helfen. Wie kannst du da noch fragen, ob ich den Extrabeitrag

zahle

Wären wir nicht alte gute Freunde, so würde ich diese Frage als eine Beleidigung auffassen. Aber du kennst mich zu gut und weißt, daß

ich

stets mit dir an der Spitze stand, wenn es hieß, Opfer zu bringen zum Kampfe gegen Kapitalübermut und Elend. Solidarisches Empfinden und Hilfsbereitschaft sind auch das einzige Erbe, das ich

meinen

Kindern hinterlassen kann. Mit dieser Erbschaft werden auch sie gute Kameraden, gute Menschen werden. Deshalb nicht schimpfend, nicht gezwungen, sondern freiwillig zahle ich meinen

Extrabeitrag

im Interesse der Kämpfenden und Notleidenden und schließlich auch in meinem eigenen Interesse.

sind, davon scheint man keine Ahnung zu haben. Aber es wird lustig abgelehnt.

Daß mit dem eigenen Haushalt lebenden Ziegeleiarbeitern nicht glimpflicher umgesprungen wird, sollen nachstehende Fälle aufzeigen.

Da ist einer, der besitzt 3 Morgen milderer Bodenklasse als Eigentum; 3 Morgen hat er noch dazugepachtet. Weil er aus diesem Besitz, das für seine zahlreiche Familie (eine blinde Mutter, die Frau und zwei kleine Kinder) Notwendige nicht herauswirtschaften kann, muß er auf Ziegeleiarbeit gehen. Nun wird er arbeitslos. Der gestellte Unterstützungsantrag wird abgelehnt. Auf den Einspruch folgt der endgültige Bescheid: „Für Besitzer einer Landwirtschaft kann Unterstützung nicht gezahlt werden.“

Ein anderer besitzt eine Landwirtschaft in ungefähr den gleichen Eigentumsverhältnissen wie im vorstehenden Fall. Er hat noch 6 unmündige Kinder sowie die Frau zu erhalten. Der Antrag wird abgelehnt. Auf den Einspruch des Arbeiters wird ihm eine Unterstützung von 60 Pfennig pro Tag zugewilligt. Wenn jemand eine kleine Kake sowie 1 1/4 Morgen schlechten Boden als Eigentum besitzt, ist nach Auffassung und den Richtlinien gemäß die „Bedürftigkeit“ nicht anzuerkennen.

Ein Ziegeleiarbeiter stellt Antrag auf Unterstützung, wird aber abgelehnt, weil die Frau des Antragstellers Hebamme ist. Nun weiß man ja, was so eine Hebamme bei einer notorisch armen Bevölkerung verdient. Sie ist nicht mehr als eine Gelegenheitsarbeiterin. Für die Ablehnung genügt es aber, daß die Frau einen Beruf hat.

Eine Reihe von ganz kraßen Fällen konnte durch Einsprüche erledigt werden. Wohl oder übel mußte den Antragstellern die Unterstützung gewährt werden. Eine Auseinandersetzung mit dem Begriff Saisonarbeiter und berufsbliche Arbeitslosigkeit ist noch notwendig, da ein großer Teil der Ablehnungsbescheide mit diesen Begründungen erstellt wird. Die Arbeitgeber bestreiten bei Lohnverhandlungen ganz entschieden, daß die Ziegeleiarbeit eine Saisonarbeit sei. Sie begründen ihre Lohnpolitik (niedrige Löhne) damit, daß im Gegensatz zum Bauarbeiter auf den Ziegeleien das ganze Jahr Arbeit ist. Die Arbeitsmöglichkeiten in den Ziegeleibetrieben einer Gegend

Besten eingeleitet hatte, soll die Schüler, die hieran teilnahmen, waren vollst. befriedigt und wünschten, daß wiederholt solche Kurse zur Ausbildung unserer Kollegen stattfinden möchten.

Die Lohnbewegung ist in unserem Bezirk ein Kapitel für sich. Zentralisierungsausschüsse und Arbeitgeberverbände hatten für Pommern und Mecklenburg im allgemeinen wenig übrig.

Um dann zu einem Ziele zu kommen, riefen wir den Schlichter an, oder wir mußten streiken, wie z. B. in der chemischen und der Zuckerindustrie.

In dem fünf-Stück-Vertrag in Mecklenburg gelang es uns, den Lohn von 48 auf 60 Pf. zu erhöhen = 25 Prozent mehr.

In der Ziegelindustrie war es möglich, den Lohn in der Spitze von 45 auf 65 Pf. zu erhöhen, was eine Lohnerhöhung von 44 Prozent mehr ausmacht.

Einen schweren Kampf gab es in der Faserstoff-Fabrik in Fürstberg in Mecklenburg. Ursache war ein Lohnnachzug von 45 auf 58 Pf. für Männer pro Stunde und für die Frauen und Mädchen noch weitere Verschlechterungen.

In der Ziegelindustrie, wo die Leute dem Verbands nicht angehören, wurden ganz willkürlich die Löhne von den Ziegeleibesitzern festgesetzt.

Um einen weiteren Druck auf die Arbeiterschaft zu erzielen, wurden die Entlohnungen der Betriebe beantragt, angeblich wegen Unrentabilität des Betriebes.

Gegen Unternehmern, die sich Gesetzesübertretungen zuschulden kommen lassen, mußten wir gerichtlich vorgehen.

Unser Kollege Karow hatte 21 solcher Prozesse zu führen. Der größte Erfolg für Mecklenburg ist, die meisten Prozesse waren erfolgreich für unsere Kolleginnen und Kollegen.

In unserem Gau wurden für Erwerbslose 127 811,75 Mark ausbezahlt, davon allein im letzten Quartal 69 812 Mark.

Die Tätigkeit der Gewerkschaft erstreckte sich auf 1195 Sitzungen, Versammlungen, Verhandlungen ujm. Posteingänge sind 3919, Ausgänge 1325. Eingegangen sind die Zahlstellen: Larnowke, Marlow und Rallitz. Neugegründet sind Grödel und Falkenburg.

Bericht des Gau 5 über das Jahr 1925.

Max Wallermann, der seit dem Jahre 1909 im Gau 5 als Leiter desselben tätig war, ist bei dem Eisenbahnunfall in Pr. Stargard am 1. Mai 1925 tödlich verunglückt.

Abstrachen, mit dem Abzuggebliebenen Teil von Westpreußen, das Ostteil Preußens, ist die einzige Kolonie, die Deutschland nach Wobrun des Krieges verblieben ist.

In der Provinz erregenden Industrie waren bei Beginn des Jahres die Stundenlöhne für ungelernete Arbeiter in der Spitze 30 Pf. und wuchsen bis Ende des Jahres für Königsberg auf 44 Pf. an.

Unter den 97 Forderungen für die überarbeitenden Arbeiter haben drei Betriebe: Ziegelei, Marienburg und Affekt, für eine Erhöhung erzielt werden.

Die größten Betriebe der chemischen Industrie liegen im Gebiet der Provinz Ost Preußen, und es ist wegen der hohen Energiekosten die Produktion von Ammoniak und Salpeterminerale keine rentable Erwerbsquelle.

berger Betrieben trat eine Erhöhung von 4 Pf. ein, so daß am Schluß des Jahres 45 Pf. für ungelernete Arbeiter gezahlt wurden.

In der Margarine-Industrie werden die Löhne durch Reichsvertrag geregelt. Es trat im Laufe des Jahres eine Verbesserung von 12 Pf. ein.

Für die Seifen-Industrie war unser Bestreben, auf Grund des Reichsvertrages ein Bezirkslohnabkommen zu schaffen. Der Widerstand der Arbeitgeber, die sich zum größten Teil darauf beriefen, daß sie gar keiner Arbeitgebervereinigung angehören, machte unsere Bemühungen zunichte.

In vier Verhandlungen wurde für die Vogel-Industrie Königsbergs der Stundenlohn um 6 Pf. erhöht, so daß am Schluß des Jahres der Lohn für gelernete Arbeiter 54 Pfennig, für ungelernete 50 Pfennig, für ungelernete 46 Pfennig, für Arbeiterinnen 30 Pf. betrug.

Die Ofen-Industrie war schwach beschäftigt. Der Lohn betrug darin in Angerburg 42 Pf., in Insterburg 41-43 Pf. In der Kalksandstein-Industrie des gleichen Bezirks werden 48 Pf. gezahlt.

Ein dauernder Kampf um Erhöhung der Löhne führte seit dem August 1924 die Danziger Glasarbeiter, der im Juli 1925 zu einer Arbeitsunterbrechung führte. Nach zweitägigem Kampf mußte dieser mit einem mageren Ergebnis abgebrochen werden.



Die Arbeiter in der Sprengstoff-Industrie verlangen die Abschaffung der Akkord- und Prämienarbeit sowie aller Arbeiten, die mit Leistungszuschlägen entlohnt werden.

Die Arbeiter in der Sprengstoff-Industrie haben in wiederholten Konferenzen zu diesen Fragen Stellung genommen. Auf Grund der Befürchtung, daß sich eine einheitliche Gefahrenzulage nicht einführen läßt, weil die technischen Einrichtungen in der Sprengstoff- und Pulver-Industrie zu stark voneinander abweichen.

Die Arbeiter in der Sprengstoff-Industrie verlangen die Abschaffung der Akkord- und Prämienarbeit sowie aller Arbeiten, die mit Leistungszuschlägen entlohnt werden.

Aus der Industrie Chemische Industrie

Ergebnisse Verhandlungen in der chemischen Industrie.

Am 9. März trat die Tarifkommission beim Hauptkartellamt der chemischen Industrie in Berlin zusammen. Die Arbeitnehmerverbände hatten beantragt, den Akkord- und Prämienarbeitern als Urlaubsentwöhnung den durchschnittlichen Tagesverdienst der letzten sechs Wochen als Urlaubsentwöhnung zu zahlen.

Ein zweiter Antrag forderte die gleiche Erhöhung der Akkord- und Prämienzulage bei Erhöhung des tariflichen Stundenlohns.

Nachdem die Akkord- und Prämienarbeit in der chemischen Industrie an fast allen Arbeitsplätzen, wo solche Arbeitsweise möglich, restlos eingeführt ist, lehnen viele, namentlich die größten Betriebe, die Erhöhung der Akkord- und Prämienpreise entweder gänzlich oder in dem gleichen Verhältnis, wie der Lohn gestiegen ist, ab.

Das auf Grund der Arbeitszeitverordnung getroffene Arbeitszeitabkommen mit den Unternehmern läßt in Ausnahmefällen eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf neun Stunden und in ganz besonderen Fällen auf zehn Stunden zu.

In einem Betrieb wurde von den Arbeitern verlangt, für erkrankte Arbeiter einzuspringen und Überstunden zu leisten. In einem anderen Falle weigerte sich die Firma, die tariflich festgesetzten Überstundenzuschläge zu bezahlen.

Die schwebenden Differenzen sind für unseren Verband und für das Tarifwesen von so tief einschneidender Bedeutung, daß wir uns mit der Ablehnung nicht zufrieden geben können.

Gefährdete Verhandlungen in der Sprengstoff-Industrie.

Die Arbeiter in der Sprengstoff-Industrie verlangen die Abschaffung der Akkord- und Prämienarbeit sowie aller Arbeiten, die mit Leistungszuschlägen entlohnt werden.

Die Arbeiter in der Sprengstoff-Industrie haben in wiederholten Konferenzen zu diesen Fragen Stellung genommen. Auf Grund der Befürchtung, daß sich eine einheitliche Gefahrenzulage nicht einführen läßt, weil die technischen Einrichtungen in der Sprengstoff- und Pulver-Industrie zu stark voneinander abweichen.

Gerade das Bekanntheit dieser Gefahren löste in Arbeiterkreisen einen Sturm der Entrüstung aus. In einer erneuten Konferenz beauftragten die Sprengstoff- und Pulverarbeiter den Vorstand, den Antrag auf Abschaffung der Akkord- und Prämienarbeit, Aufrechterhaltung des Achtstundentages und Gewährung einer Gefahrenzulage den Arbeitgebern erneut zu unterbreiten.

Die Gefahren in der chemischen Industrie

wenden wieder einmal durch folgende Mitteilung illustriert. In der chemisch-technischen Fabrik von Colmann, G. m. b. H. in Berlin, brach am 18. März kurz nach 5 Uhr nachmittags ein gefährlicher Brand aus.

Die Not der chemischen Industrie

wird durch folgende Notizen, die wir der Deutschen Bergwerks-Zeitung vom 12. März entnehmen, illustriert. An der Dresdener Börse stieg am 12. März die Kurssteigerung der Aktien der chemischen Industrie.

Fabrik von Hayden in Dresden-Radebeul auf die bevorstehende Freigabe der großen amerikanischen Ostbahn Bank...

August Wegelin, A. G. für Rüstfabrikation in Kallchhausen bei Abla, wird wie zuverlässig verlautet, mit einer Erhöhung von 12 Prozent rechnen...

Papier-Industrie

Prügel des Säumnigen

Wieder einmal soll der in der Papierergzeugungs-Industrie Westfalens beschäftigten Arbeiterschaft Dank für ihr gleichgültiges Verhalten der Organisation gegenüber abgezollt werden...

Anpassung der Löhne an das Lohnniveau

der eigenen Industrie und an das in den anderen Industriezweigen des Reiches. Wenn die Gewerkschaften nicht bald dem Lohnabbau ihre Zustimmung geben...

So und ähnlich spielen sich seit langem die Lohnverhandlungen in der Gruppe Westfalen ab. Durch eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums wurde im November 1925 ein Schiedsspruch für verbindlich erklärt...

Wie man in einzelnen Fällen vorging, dafür folgende Beispiele aus der Zellstofffabrik in Wildshausen. Die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften werden ohne Angabe des Grundes...

Der Lohnabbau muß aber doch folgen. Die Unternehmer gehen von ihrem Standpunkt nicht ab. Zum 31. Januar 1926 hatten sie den Vertrag gekündigt und einen zehnprozentigen Abbau gefordert...

Der Arbeiterschaft muß die rücksichtslose Einstellung der Unternehmer als Warnung dienen. Diese werden sicherlich beim Ablauf des 30. April erneut den Lohnabbau verlangen...

Aus der mitteldeutschen Papier-Industrie.

Es ist geradezu erschreckend, wie in einem Kulturstaat Tausende von Männern, Frauen und Kindern des notwendigen geschäftlichen Schutzes verlustig gehen können...

Diese Worte, im Vorwort des Protokolls der ersten Papierarbeiter-Konferenz 1913, geben eine Situation wieder, mit welcher die heutige in diesen Punkten verglichen werden kann...

geber und ihrer Verbände sei (Seite 31 vertraulicher Bericht 1910/11).

Und heute? Alle Anzeichen deuten große Auseinandersetzungen an. Wir wollen den Frieden, aber nicht den Frieden um jeden Preis...

In Mitteldeutschland stehen die Dinge nicht anders wie im übrigen Reich. In diesem Gebiet sind nach unserer letzten Statistik rund 7750 Papierarbeiter beschäftigt. Das Organisationsverhältnis kann als zufriedenstellend, teilweise als lückenlos, bezeichnet werden...

Während der Inflation haben die Belegschaften für 6-10 Pf. pro Stunde gearbeitet. Als Ende 1923 die Stabilisierung erfolgte, mußte ein Ausgangsniveau gefunden werden...

Opposition heißt Widerstand, Gegensatz.

Wer sich in den Gewerkschaften von vornherein bewußt prinzipiell zur Opposition zählt, der will nicht den Kampf mit uns, sondern gegen uns.

in den Fabriken (folgen zwei Namen) sei die Vorkriegsleistung bei weitem überschritten. Dieses Ergebnis müßte ebenfalls erreicht werden...

Ein Blick auf die Entlohnung im Reich zeigt, daß die Löhne im Bereich Mitteldeutschlands - Kategorie um Kategorie verglichen - unter dem Durchschnitt stehen.

Ammendorfer Papierfabrik... Steigerung der Produktion über Vorkriegshöhe. Die Gesellschaft erzielte 1924/25... einen Reingewinn von 548 415 Mk.

Dem Werk Ammendorf (Merseburg) steht der Unternehmerverbandsvorsitzende Herr Holz nicht fern, er ist es, der sich die eben erwähnte Unternehmerorganisation besonders zu eigen macht...

Ob dieses Laborat die Fortsetzung vom Ammendorfer Geschäftsbericht sein sollte? Die Unternehmer haben uns zum 5. April 1926 die schon unzureichenden Löhne gekündigt und verlangen Reduzierung.

Als der Tarifstreik wegen des Gesamtarbeitsvertrages nicht den von den Unternehmern gewünschten Ausgang genommen hätte, war in bezug auf verlängerte Arbeitszeit eine ansehnliche Rührigkeit zu bemerken.

Unternehmermilitär!

Die Firma Emil Wokki, Papier- und Papstschiffenfabrik in Rentlingen, will die Krise auch für sich ausnutzen. Seit geraumer Zeit werden in den verschiedenen Abteilungen Einzelmaßnahmen vorgenommen...

Der Kollege erhob Einspruch und das Gewerbegericht bestätigte, daß die Entlassung keinerlei Rechtsgrundlage hat. Damit gab sich aber die Firma nicht zufrieden.

dann auch noch vom Arbeitsgericht beschleunigt, daß sie - nicht im Recht ist und das Betriebsratsmitglied wieder einzustellen hat.

Jetzt lieh die Firma den 'Sünder' zu sich kommen und erklärte, daß sie ihm für seine Leistungen nur das allerbeste Zeugnis ausstellen könne...

Im begreiflich zu machen, daß das im Interesse der Arbeiter liegt, fügte sie hinzu, daß bei evtl. Ablehnung der gesamten Betriebsratstätigkeit...

Industrie der Steine und Erden

Zur Geschichte der lipptischen Zieglerbewegung. (Zieglerkonferenzen in Lippe.)

Der Kampf des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter bzw. des Gewerkevereins deutscher Ziegler gegen die lipptische Zieglererschaft hat diese zu einer lebhaften und kräftigen Abwehr veranlaßt.

Le mg o in Lippe, 4. März. Im Saale des Wintergartens Röding fand die gemeinschaftliche Zieglerkonferenz des Verbandes deutscher Ziegler und des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands statt.

Far mbeck in Lippe, 4. März. Die Zieglererschaft des mittleren Westfalens ist scharf gegen den Gewerkeverein und den Zentralverband eingestellt.

Hohenhausen, 5. März. Im abgelegenen Kalketal fand heute eine sehr stark besuchte Zieglerkonferenz statt, die zu dem Anschluß der lipptischen Ziegler an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Stellung nahm.

Fätig, 5. März. Im lipptischen Exterdale wohnen zahlreiche Ziegler, die vom Verkehr abgeschnitten sind und ein hartes Leben zu führen haben.

Wödingfeld, 5. März. Von Fätig kommend hielten die Sekretäre Poffhaß und Rubach am heutigen Abend eine stark besuchte Ziegler-Versammlung bei Wirt Brokmeyer ab.

Verbandes Deutscher Ziegler an den Verband der Fabrikarbeiter. Wie nicht anders erwartet werden konnte, erhob sich für den Gewerkeverein keine einzige Stimme. Das brutale Vorgehen des Hauptvorstandes des Zieglerverbandes der christlichen Fabrikarbeiter hat jedem Kollegen die Augen über die Einstellung des Zentralverbandes geöffnet.

Aus dem lippischen Osten, 6. März. Die Ortschaften Nischenau und Lohze hatten diesmal den Vortag, Sammelpunkt der Vertrauensleute der Ziegler zu sein, um zu den Anschließbestrebungen der lippischen Ziegler an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Stellung zu nehmen.

Lage in Lippe, 7. März. Die Zieglerstadt Lage hatte am heutigen Tage als wichtigstes Ereignis eine große Zieglerkonferenz. Hunderte von Ziegler waren der Einladung des Verbandes Deutscher Ziegler und des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands gefolgt. Es galt, Protest gegen das brutale Verhalten des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter gegenüber den lippischen Ziegler einzulegen; es galt aber auch in erster Linie, die Vereinigungsbestrebungen der lippischen Ziegler mit dem Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands zu besprechen.

In allen vorstehenden Konferenzen wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die heutige Zieglerkonferenz billigt den Zusammenschluß des Verbandes Deutscher Ziegler mit dem Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands und beauftragt die beiderseitigen Vorkände, den Zusammenschluß vorzunehmen, um auf diese Weise die einheitliche Zieglerorganisation in Deutschland zu beschaffen. Die Konferenz fordert alle Ziegler auf, die noch im Gewerkeverein deutscher Ziegler organisiert sind, dort auszutreten und in die einheitliche Zieglerorganisation einzutreten.

In allen Konferenzen wurde auch einstimmig beschlossen, durch Vertrauensleute die Mitgliedsbücher des Gewerkevereins einzusammeln und zum Umschreiben an die neue Organisation abzugeben. Diese Arbeit ist jetzt im Gange. Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter weicht Gewerkeverein deutscher Ziegler hat den Kampf um die lippische Zieglerenschaft verloren. Für Berlin ist in Lippe nichts mehr zu holen. Wo lippische Ziegler in diesem Jahre auf auswärtigen Ziegler arbeiten, werden sie geschlossen dafür arbeiten, daß alle Ziegler im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands organisiert werden.

Wirtschaftsprüfer.

Die Direktoren Professor Bonte und Dr. Müller von der Deutschen Steingewerkschaft in Friedrichsfeld glauben an die Wirtschaftsprüfung als Konkurrenzmittel des Betriebes, wenn die Arbeiter bereit sind, nach den Rezepten der Wirtschaftsprüfung der deutschen Wirtschaft zu leben. Herr Bonte, ein pensionierter Professor, hätte es in seinen alten Tagen nicht notwendig gehabt, sich an den Posten eines Direktors zu bemühen. Seit dieser Professor seines neuen Amtes waltet, sind fortgesetzt Differenzen mit der Arbeiterchaft zu verzeichnen. Den Lohnforderungen der Arbeiter folgen stets Gegenansprüche auf Herabsetzung der Löhne und Akkordpreise. Seit 11. Dezember d. J. ist die Direktion ernstlich bemüht, eine Reduktion der Löhne und Akkorde vorzunehmen. Vorjorglich hatte man sich auch die Genehmigung zur Stilllegung des Betriebes eingeholt, um die Arbeiterchaft für einen Lohnabzug von 2 Pf. pro Stunde und Reduzierung der Akkordpreise um 10 Prozent gezwungen zu machen. Das angewandte Mittel hat versagt, und mit 10 gegen 19 Stimmen lehnte die Arbeiterchaft in geheimer Abstimmung den geplanten Abzug ab. Die Direktion setzte dann mit Härten Druckmittel ein. Das Ansehen wurde bis auf vier Wochen ausgedehnt. In der Schlichtung wurden an Stelle der bisherigen Arbeiterchaften drei Arbeiterchaften eingesetzt. Der Erfolg war, daß die Schlichterarbeiten, von einer Ausnahme abgesehen, die von der Direktion angewandten Abzüge unterbändlich anerkannten. Als früherer Schulmeister ist Bonte mit dem Streikenden verknüpft, und so wählte der Streikende Schlichterarbeiten vier Wochen aussetzen. Bei einer anderen Gruppe verweigerten drei Mann die Unterzeichnung, prompt traf die Streikung der Direktion ein. Die drei Arbeiter mußten jeden zweiten Tag aussetzen.

Der Streik ist am 2. Februar schlußlos an die Direktion heran, um die Löhne für die Konsumierenden zu erzwingen. Das Antwortschreiben der Direktion lautet:

Wir können heute auf Ihre vorerwähnte Schreiben zurück und lassen Ihnen mit, daß wir trotz der schweren wirtschaftlichen Lage bereit sind, auch in diesem Jahre den im Werk beschäftigten Mann von Konsumierenden und Konsumierenden eine Besondere Aufmerksamkeit wie im Vorjahre von 15.- Mk. pro Kind zur Verfügung zu stellen. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß wir die Beihilfe nur denjenigen zukommen lassen können, welche sich bis zum 21. d. M. mit unserer Vor schläge bezüglich Änderung der Lohn- und Akkordsätze durch ihre Unterschrift einverstanden erklären haben.

Auf der einen Seite will man 15 Mk. geben und auf der anderen Seite den einzelnen Arbeiter 23 Mk. nehmen, wofür es ohne ein einziges Geschäft für die Direktion.

Es ist selbstverständlich, daß die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften ein Recht haben, um die Abgabe der Direktoren zu hindern. Die Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen haben mit voller Schärfe die Grundmängel der Arbeiter vertreten und jeglichen Abzug abgelehnt. Da auch eine Verhand-

lung der Organisationsvertreter mit der Direktion zu keiner Einigung führte, waren die Organisationsvertreter, zur Schlichtung den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Der Schlichtungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 15. Februar folgenden Schiedsspruch erlassen:

- Schiedsspruch: 1. Zur Zeitlohnfrage: Der Lohnstand, wie er bis 15. August 1925 tarifvertraglich galt und in der darauffolgenden Zeit ohne tarifvertragliche Bindung stillschweigend weitergeführt wurde, wird von neuem in Geltung gesetzt. 2. Akkordlohnfrage: Die Fabrikleitung ist berechtigt, ihr in dem Schreiben an den Fabrikarbeiterverband vom 22. Januar 1926, Absatz 2, angekündigtes Vorgehen auf stufenweise Herabsetzung der geltenden Akkordsätze bis zu 10 Prozent zur Durchführung zu bringen; jedoch dürfen durch diese Kürzungen der Akkordsätze Akkordbedienste von weniger als 25 Prozent Akkordüberschuß über den Zeitlohn nicht eintreten. 3. Obige Regelung tritt mit dem Beginn der nächsten Lohnwoche (von heute an gerechnet) in Kraft und gilt bis einschließlich der Ende Mai laufenden Lohnwoche. Von da an gilt sie je einen Monat weiter, wenn sie nicht spätestens am 15. auf Monatsende (erstmalig am 15. Mai auf Ende Mai) gekündigt worden ist. Durch diesen Schiedsspruch ist der Lohnabzug verhindert; der Akkordabzug wurde genehmigt. Zu dem Akkordabzug haben die Akkordarbeiter beigetragen. Mehrstunden wurden geleistet, ohne diese mit zu verrechnen. Die Akkordarbeiter müssen beachten, daß nach Ablauf der regulären Arbeitszeit der Betrieb verlassen werden muß.

Wer glaubte, daß die Direktion den ihr günstigen Schiedsspruch annehmen würde, sah sich getäuscht. Die Direktion erklärte, daß sie mit diesem Abzug nicht ankommen könne. Die Arbeiterchaft gab, mit einzelnen Ausnahmen, dem gefällten Schiedsspruch ihre Zustimmung. Nachdem die Firma zu der vorgezeichneten Frist eine Erklärung nicht abgegeben hatte, beantragten die Verbände die Verbindlichkeit des Schiedspruches, welche am 6. März durch den Landesrichter ausgesprochen wurde. Bei den vorausgegangenen Schlichtungsverhandlungen wurde der Weg gezeigt, wo Abzüge zur Aufrechterhaltung des Betriebes vorgenommen werden können. Als Beispiel führen wir das Gehalt von T. essler Bonte an:

14 000 Mk. Garantierte Umsatzprämie pro Jahr. 28 000 Mk.

Summa 42 000 Mk. 25 verheiratete Familienväter verdienen pro Jahr 40 800 Mk. Rechnet man die Durchschnittsfamilie, so haben 100 Personen nicht mehr bzw. noch weniger zu verleben als Direktor Bonte. Bonte und Dr. Müller muß man die letzten Ausführungen des Gesundheitsrates und Handelskammerpräsidenten Lenel ins Gedächtnis rufen, zumal Bonte Vorstandsmittel der Handelskammer ist. Unser ganzes Volk müsse durch Selbstbescheidung und vermehrte Arbeitsleistung den Kampf um die Senkung der Preise und die Wiedergewinnung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt unternehmen. Zum Schluß möchten wir deshalb Bonte, Müller und dergleichen zurufen, sie möchten durch eigene Bescheidenheit ein Beispiel geben.

Braunschweiger Ziegel-Industrie.

Wie alljährlich wird auch in diesem Jahre eine größere Anzahl auswärtiger Zieglerarbeiter die braunschweigischen Ziegler aufsuchen, um hier Arbeit zu nehmen. Die Lohnverhältnisse in der Ziegelindustrie Braunschweigs sind vorläufig noch vollständig ungeklärt. Der vorjährige Lohnsatz ist längst abgelaufen, eine neue Lohnregelung hat bisher nicht geklärt werden können. In der Regel ist es so, daß die auswärtigen Arbeiter auf blauen Dunst hierherkommen. Der Kampf um den Lohn beginnt erst, wenn sie hier sind. Das durch die werbenden Agenten Versprochen wird dann nicht eingehalten. Die fremden Arbeiter werden in den Ziegler untergebracht, wo sie Kost und Logis erhalten. Da die meisten von ihnen mittellos ankommen, sind sie auf die Gnade der Zieglerbesitzer angewiesen. Um sich vor Schaden zu schützen, wäre es besser, wenn sie erst eine Klärung der Lohnverhältnisse abwarten würden. Diejenigen Zieglerarbeiter, die gewillt sind, nach Braunschweig zu kommen, sollten sich, bevor sie einen Vertrag eingehen, erst bei der zuständigen Organisation der Arbeiter, dem Verband der Fabrikarbeiter, Braunschweig, Schloßstraße 8, nach den Lohnverhältnissen erkundigen.

Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahre im Lande Braunschweig sehr groß. In der Stadt Braunschweig beträgt die Zahl der Arbeitslosen etwa 6000, im ganzen Freistaat etwa 15 000. Es sieht also bei uns nicht besonders günstig aus. M. Reinowski.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Ist Streikunterstützung einkommensteuerpflichtig?

Verschiedentlich haben Finanzämter bei Anfragen auf Rückzahlung zuviel gezahlter Lohnsteuer für das Jahr 1925 auch von Gewerkschaften gezahlte Streikunterstützung als Einkommensteuier in Anrechnung gebracht und insofern die zurückgeforderten Beträge entsprechend gekürzt oder, falls einschließend der Streikunterstützung der steuerfreie Lohnbetrag erreicht war, den Antrag abgelehnt. Auf eine Beschwerde des Vorstandes des ADGB an das Reichsfinanzministerium ist unterm 5. März folgender Bescheid erteilt worden: Nach den von mir angestellten Ermittlungen hat sich kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß das Finanzamt bei Errechnung des zu erstattenden Lohnsteuerbetrages nach dem bisherigen § 33 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes die von den Antragstellern während der Dauer des Streiks oder der Erwerbslosigkeit anferhalb ihres jetzigen Arbeitsverhältnisses möglicherweise durch Gelegenheitsarbeit oder in anderer Weise verdienten, aber nicht erzielten Beträge berücksichtigt hat. Dagegen hat das Finanzamt irrtümlich die Streikunterstützungen mit in Ansatz gebracht, obwohl sie nicht als Arbeitslohn anzusehen sind. Ich habe das Finanzamt entsprechend angewiesen. Für die Zukunft regeln sich die Erstattungen für 1925 nach dem Rundschreiben vom 26. Februar 1925 - III a 1050 -.

Streikunterstützung darf also nicht als Einkommen veranlagt werden. In Nummer 11 der Gewerkschaftszeitung ist alles Wesentliche aus diesem erwähnten Rundschreiben verzeichnet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eine Zahlstellenleiter-Konferenz für den Gau 3 (Brandenburg) fand am 23. Februar im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Der Vorstand war der Hauptvorstand durch den Kollegen Köpfer, der durch Sachverständige durch sechs Kollegen und 31 Zahlstellen durch 48 Kollegen, insgesamt 59 Vertreter. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Kollegen Köpfer über Gewerkschaft und Kampfmittel. 2. Bericht der Gewerkschaft. 3. Versammlungsprotokolle und Verschiedenes. Kollege Köpfer führte aus, daß die Tätigkeit unserer Angehörigen besondere Kenntnisse und Fähigkeiten voraussetze. Wenn nachhaltige Erfolge erzielt werden sollen, dann müssen unsere Funktionen nicht nur Agitatoren, sondern auch tüchtige Verwaltungsleute sein. Während in den größeren Zahlstellen eine gewisse Arbeitsteilung vorgenommen werden kann, müssen die Leiter der kleineren Zahlstellen sämtliche Arbeiten sowohl der Verwaltung als auch der Agitation in sich vereinen. Besonders Augenmerk sollte auf die Heranzüchtung eines tüchtigen Funktionsleiters gelegt werden. Dann kam Kollege Köpfer noch auf die inneren Einrichtungen der Zahlstellen zu sprechen und gab auch hier wertvolle Ratschläge und Anregungen. Einträglich machte Kollege Köpfer die Rezipienten und die Verwaltungsmittel auf ihre Pflicht, monatlich

die Kasseneinzahlungen vorzunehmen. In Geldsachen höre alle Freundschaft auf, und für Unterschleife ist nicht nur der Kassierer, sondern die gesamte Verwaltung einschließlich der Kassieren haftbar.

Den Bericht der Gewerkschaft der Kollege Köpfer. Er gab zu dem gedruckten vorliegenden Bericht noch einige Erläuterungen. Kollege Köpfer verbreitete sich dann über die Ursachen und Wirkungen der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftskrise und über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Gau. Den Bestrebungen gewisser Unternehmerrunden, den Einfluß der Organisation auszuweiten oder zu mindern, habe die Organisation erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen. Der Mitgliederbestand habe sich gehoben. Wesentlich gestiegen sei die Zahl der verkauften Marken, und die Höhe der Beiträge gegen das Vorjahr. Einige Streiks, die wir zu führen gezwungen waren, konnten mit einem Erfolg für die Kollegen beendet werden. Ein stetiger, wenn auch langsamer Fortschritt tritt überall in Erscheinung. In welchem Tempo wir im Jahre 1928 weiterstreiten, wird abhängen von der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Arbeit, die unsere Funktionäre in der und für die Organisation leisten.

In der anschließenden Diskussion wurden von verschiedenen Kollegen noch Wünsche besonderer Art geäußert und die Verhältnisse in einzelnen Zahlstellen beleuchtet. Aber die ausgeschriebenen Ertragsbeiträge entspann sich eine lebhafte Diskussion. Sämtliche Kollegen, welche sich zur Sache äußerten, waren von deren Notwendigkeit überzeugt. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur darüber, ob der Weg, den wir jetzt gehen, der richtige sei. Verschiedene Kollegen betonten die Schwierigkeiten der reiblosen Kassierung der Ertragsbeiträge. Der Beschluß sei aber nun einmal gefaßt, und die notwendige Disziplin würde auch ein gutes Resultat bringen.

In den Gaubeirat wurde als Ersatz für einen ausgeschiedenen Kollegen der Kollege Franz Hübner (Zehdenick) gewählt. In seinem Schlußwort betonte der Kollege Köpfer, daß der Geist, welcher auf der Konferenz gewaltet, ein guter gewesen und daß sich derselbe in den Zahlstellen zum Nutzen der Organisation weiter auswirken möge. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband.

Wallerfangen. Ein Reisender und ein Schuhmeister fühlten sich dazu berufen, in einer Versammlung des Rath. Arbeitervereins über die freigeordneten Arbeiter herzuhalten. Daß die beiden nur im engbegrenzten Kreise auftreten, zeigt, daß ihre Sache faul ist. Der Schuhmeister: Ich fordere diejenigen Mitglieder des Rath. Arbeitervereins, welche dem Proletariat angehören, auf, das Lokal zu verlassen. Gemeint war der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Obwohl etliche unserer Kollegen dort waren, folgte keiner der Aufforderung. Es sei eines Christen unwürdig, einem roten Verbände anzugehören. Ein Katholik mußte unbedingt Mitglied einer christlichen Gewerkschaft sein. Auch bitte ich den Herrn Pastor (anwesend), Ostern darauf zu achten, daß diejenigen Arbeiter, welche dem christlichen roten Verband nicht den Rücken kehren wollen, nicht abgeworfen werden. Wollten Best verzapfte auch der Reisende. Ein ehemals christlich organisierter Arbeiter bemerkte dazu: Hätte der christliche Metallarbeiterverband in Dillingen die Laktik des MWV, erforscht, dann wären heute bessere Verhältnisse dort zu verzeichnen, und ich wäre auch heute noch organisiert. Nur durch die Machinationen des christlichen Sekretärs ging ich aus dem Verbande. Der Herr Pastor quittierte dies mit den Worten: Das glaub ich gar gern; man hat auch ehrliche und brave Juden. Weshalb kümmert sich der Reisende noch um die hiesigen Arbeiter? Glaubst du durch die Protektion des Herrn Pfarrers bessere Abschlüsse zu erzielen in solchen Geschäften, wo auch ein Roter seinen Bedarf deckt? Der Herr Lehrer Baches kümmert sich um alles, was in Wallerfangen vorgeht. Ihr Arbeiterfrauen von Wallerfangen, dieses Jahr sind die Wahlen. Der Lehrer Baches bemerkte in einer Bäckermeistertraktation, die hiesigen Arbeiterfrauen seien zu faul. Arbeiter; noch keinen Stimmzettel können die fricken. Um hier an möchte er allein bestimmen, welche Mieter die Gemeindegemeinschaft bewohnen sollen. Herr Baches und Herr Wochs sind hiermit zur nächsten Versammlung der freigeordneten Arbeiter eingeladen, dort können sie die Antwort bekommen auf ihre Weisheiten.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Der Reichsarbeitsminister gegen Lohnrückerei und Tarifbruch der Unternehmer.

Mit Datum vom 8. Februar 1928 hat der Reichsarbeitsminister folgendes Schreiben an den Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, Berlin G 2, gerichtet:

Von Arbeitnehmerseite wird bei mir Klage geführt, daß viele Firmen, die den am Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeberverbänden angehören, ihre Arbeiter zu niedrigeren Sätzen entlohnen, als tarifvertraglich vereinbart ist. Ein Teil der Firmen soll sich hierzu nach vorübergehender Stilllegung des Betriebes für berechtigt halten, andere Firmen sollen innerhalb des Laufes der Sperrfrist erklären, daß die Stilllegung vermieden werden könne, wenn sich die Arbeiter mit niedrigeren Lohnsätzen abfinden würden.

Wenn ich auch die derzeitige schlechte wirtschaftliche Lage der Schuhindustrie durchaus nicht unterschätze und die außerordentlichen Schwierigkeiten vieler Betriebe kenne, so kann ich doch ein solches Verfahren, wenn es den Tatsachen entsprechen sollte, im Interesse geordneter tariflicher Verhältnisse und damit auch im Interesse der Arbeitgeber selbst nicht gutheißen. Ich besürchte von ihm außerordentliche Gefahren für die weitere reibungslose Zusammenarbeit der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit erfordert, daß einmal eingegangene Verträge erfüllt werden, auch wenn dies nur mit Schwierigkeiten durchzuführen ist. Würde dieser Grundsatz verlassen, so müßte das gegenseitige Vertrauen, auf dem das ganze Tarifvertragswesen beruht, aufs schwerste leiden.

Ich bitte den Klagen nachzugehen und gegebenenfalls die Mitgliedsfirmen auf das Innehaltende der tariflich vereinbarten Lohnsätze nachdrücklich hinzuweisen. Den übrigen beteiligten Arbeitgeberverbänden bitte ich Kenntnis zu geben. gez.: Dr. Brauns.

Verbandsnachrichten.

Ansgeschlossen wurden am Grund des § 14 Ziff. 3a die Mitglieder der Zahlstelle 150 a. H.: Wilhelm Temp, Buch-Nummer 293 328. - Hans Hüls, Buch-Nummer 236 262. - Heinz Scheidt, Buch-Nummer 350 687.

Literarisches.

Der Menschheit täglich Brot. Von Dr. Erwin Kopf. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. 98 Seiten, broschiert 1,50 Mk., geb. 2 Mk. Ausgehend von allhergebrachten Bräunen, die ein Anzeichen der Wertfälschung des wichtigsten Nahrungsmittels durch unsere Vorfahren sind, behandeln die einzelnen Kapitel die Geschichte des Ackerbaues (Von der Grassteppe zur Weizensteppe), der Mühlenindustrie (Von Steinnäher zur Turbinen), der Bäckerei (Von Feuerloch zur Brotfabrik), des Brot-handels (Von Sammelenteil zum Silo), der Wirtschaftskrisen des Vorkriegs und gibt im letzten Abschnitt einen Zukunftsaussicht vom Standpunkte des sozialistischen Wirtschaftstheoretikers. Die Darstellungsmethode ist vollständig allgemein fassend, was ja schon nach den angeführten Kapitelüberschriften zu vermuten ist.